

# Rente muss vor Armut schützen

## IG Metall erläutert eigene Vorstellungen

-dah- **Warendorf.** Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, sagte es ganz deutlich: "Die derzeitige Rettensich-wer-kann-Mentalität, bei der jeder selbst für seine Alterssicherung sorgen muss, macht unsere Gesellschaft kaputt. Wir befürchten, dass wir so zu einer Gesellschaft des sozialen Konflikts und eines Gegeneinanders der Generationen werden." Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die IG Metall jetzt ein Fünf-Punkte-Programm entwickelt, mit dem sie eine Diskussion schaffen möchte, die "die Gesellschaft ein Stück weit zwingen soll, sich zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will", betonte Urban bei seinem Besuch in Warendorf.

Der Plan der IG Metall sieht die Schaffung eines neuen gerechteren Generationenvertrags vor. "Die beschlossene Rente mit 67 ist eine fatale sozialpolitische Fehlentscheidung und muss zurückgenommen werden. Es gilt, die gesetzliche Rente zu stärken und die Finanzierung des Alterssicherungssystems

neu zu justieren. Unsere Rentenversicherung war bisher das Aushängeschild des deutschen Sozialstaats. Für die zukünftigen Herausforderungen ist ein neuer Generationenvertrag notwendig", machte Urban deutlich. Jürgen Schmidt von der IG Metall Münster ergänzte, dass das Thema Grundsicherung im Alter allein im Münsterland 12 000 Personen betreffe. Das seien rund 1000 mehr als im Vorjahr.

Das Fundament für ein modernes und zukunftstaugliches System der Alterssicherung sieht die IG Metall in der Erweiterung der gesetzlichen Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung, die alle Erwerbstätigen einbezieht, das heißt auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier. Zweitens sieht das Programm vor, dass jeder Arbeitnehmer, die Gewähr haben sollte, am Ende seiner Erwerbsbiografie eine Rente zu erhalten, die seinen Lebensstandard sichert und ihn vor Armut schützt. Dies beinhaltet auch die Anhebung des

Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente. Ein dritter Punkt dreht sich um die Schaffung einer betrieblichen Altersvorsorge, die alle Beschäftigten erfasst und die Leistungen der Erwerbstätigenversicherung ergänzt. Hieran wollen die IG Metall die Arbeitgeber mit 50 Prozent beteiligen. Viertens setzt sich der Entwurf für flexible Altersübergänge ein und richtet sich gegen die Rente mit 67. Darüber hinaus soll eine faire Lohnpolitik eine gute Rente durch die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, eine Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse und schließlich eine Wende in der Aufteilung des Volkseinkommens im Sinne von mehr Verteilungsgerechtigkeit ermöglichen.